

Beschluss

Nein zu neuen Kampfdörfern – nein zur Zerstörung der Senne!

Landesverteidigung findet nicht „am Hindukusch“ statt!

Militärische Übungen der britischen Armee in der Senne dienen nicht der Landesverteidigung!

Durch die Feststellung des Bundesverteidigungsministeriums, bei den Plänen der britischen Streitkräfte zum Ausbau der militärischen Nutzung der Senne handele es sich um Maßnahmen, die der Landesverteidigung dienen, werden die legitimierten Beteiligungsrechte der betroffenen Kreise ausgehebelt. Das muss umgehend korrigiert werden!

Die Delegierten der BDK fordern die Mitglieder der Grünen Bundestagsfraktion auf, sich bei der Bundesregierung und den Bundesbehörden dafür einzusetzen, dass Kommunen und Kreise bei Baumaßnahmen auf Militärgelände ihre legitimierten Beteiligungsrechte wahrnehmen können:

Bauvorhaben auf Militärgelände dürfen nicht mehr in reinem Anhörungsverfahren genehmigt werden. Vielmehr sind die Zuständigkeitsrechte der lokalen Behörden (in diesem Fall Bau- und Umweltrecht) zu beachten und einzuhalten.

Im konkreten aktuellen Fall der erweiterten militärischen Nutzung der Senne hat das Verfahren bis zur abschließenden Klärung der Beteiligungsrechte der betroffenen Kreise und gegebenenfalls der Ausübung dieser Rechte zu ruhen.

Solange sind genehmigungsrechtliche Maßnahmen zu unterlassen!

Das britische Militär wird aufgefordert, das COE-Projekt nicht weiter zu verfolgen.